



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Die chinesische Revolution

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

Die chinesische Revolution

Saldane kam nach Berlin und verschwand von dort wie der Schatten an der Wand, auf der sich zur selben Zeit unauslöschliche Schriftzeichen eingruben. Sie verkündeten von fernen Ländern und Völkern, von China und Japan, wo sich Ereignisse abspielten, welche die Gruppierung der Westmächte dauernd bestimmten. Durch sie wurde das russische Reich dem britischen nähergebracht, so daß die Deutschland günstigen Ergebnisse der Potsdamer Zusammenkunft Wilhelms II. mit Nikolaus in die Winde zerstoben. In China brach 1912 die Revolution aus und in Persien wurden die Ansätze zu Freiheit und Ordnung von Rußland mit Hilfe der englischen Regierung zertreten. Trotz der inneren Verschiedenheit der zwei Ereignisse war ihnen gemeinsam, daß sich durch sie die Weltstellung Englands befestigte.

Wie sehr die Rücksicht auf die chinesischen Verhältnisse die europäische Politik Rußlands bestimmte, hatte die Potsdamer Begegnung gezeigt (Band II, Seite 390). Diese Zusammenhänge wurden bisher von uns bloß gestreift, werden aber nur deutlich, wenn auf den Gang der chinesischen Revolution und auf deren Vorgeschichte zurückgegriffen wird. Man stößt hierbei immer auf die Gestalt der Kaiserin-Witwe Tschu-Hsi, der merkwürdigen Frau, die durch ein halbes Jahrhundert bis an ihren Tod (1908) auf die Geschichte des Reiches der Mitte beherrschenden Einfluß geübt hat. Seitdem sie durch einen Staatsstreich 1898 die Partei der Reform niedergeworfen und den armen Kaiser Kwangsi zu einem Sklaven herabgewürdigt hatte, der, in steter Todesfurcht vor ihr schwebend, sich ihrem festen Willen unterwarf, behauptete sie sich als die eigentliche Regentin. Wiewohl sie während des Aufstandes der Boxer von Aufruhr bedroht war und vor den Truppen der europäischen Mächte auf der Flucht, blieb ihr die Verehrung des Volkes treu (Band I, Seite 329—335). In dieser schwierigen Zeit vertraute sie sich, die Stimmung des Landes genau kennend, der reaktionären und

fremdenfeindlichen Strömung an; die Boyer sahen in ihr im Kampfe gegen die „weißen Teufel“ eine Bundesgenossin, wenn die Kaiserin-Witwe sich auch mit Rücksicht auf Europa nicht offen für die nationale Erhebung erklärte. Auf der Flucht vor den fremden Truppen wurde sie, die im Volke die „Große Buddha“ hieß, überall mit hohen Ehren aufgenommen. Als der Sturm vorübergebraust war, kehrte sie mit dem Jammerkaiser wieder nach Peking zurück. Sie erkannte aber die Zeichen der auf Neuerungen drängenden Zeit und lenkte anscheinend in die Bahn der Reform ein. Dabei folgte sie dem Räte Quanschikais, des Vizekönigs der Provinz Schili, des Geliebten ihrer früheren Jugend, der ihr durch seinen Verrat an Kaiser Kwangsi 1898 wieder zur Macht verholfen hatte. Manche Verbesserung wurde eingeführt, vieles aber war nur Schein und Flitter, das Ganze ein vergängliches Machwerk. So versprach die Kaiserin-Witwe 1907 feierlich eine Verfassung, die aber erst nach neun Jahren in Kraft treten sollte. Unterdessen tagten geräuschvoll arbeitende Reformkommissionen, die auch einiges Gute zustande brachten, so die Unterdrückung der Opiumhöhlen und die Erlaubnis der Ehe zwischen den herrschenden Mandschu und den Chinesen; dabei wurde nur wenig an dem alten, morschen Baue und an den Vorrechten der Mandschu geändert. Am 15. November 1908 starb Tschu-Hsi, am Tage vorher der zuckerkrankte Kaiser Kwangsi, dessen Tod vielleicht beschleunigt worden war. Noch konnte die „Große Buddha“ ihm einen Nachfolger in der Person eines Kindes geben, des Kaisers Puji, für den dessen Vater Prinz Tschun die Vormundschaft führte. Kaiserin Tschu-Hsi war unübertroffen in den arglistigen Künsten der Regierung, aber keine große Herrscherin, da sie nicht aufzubauen verstand. Sie widersekte sich der Reform des Staates, als eine solche noch helfen konnte, und spielte dann mit ihr, um sich in ihrer Stellung zu behaupten. So hinterließ sie das Reich im Verfall, nach außen kraftlos. Je nach dem Augenblicksgebote der Herrschaft war sie großmütig oder treulos, sie befahl ohne Scheu Mordtaten, aber nicht aus Grausamkeit, sondern wo ein Hindernis nicht anders aus dem Wege zu räumen war. Sie besaß die richtige Witterung für die die Nation

jeweilig beherrschende Stimmung, war gegen die kleinen Leute gütig und freigebig, aber sie sah ihre Hauptstütze doch in den Mandschu, wenn sie auch die aus den Chinesen hervorgegangenen Talente, so Quanschikai, zu verwenden verstand. Alles in allem war sie das Abbild des überfeinerten, Kraft und Größe entbehrenden, zum Untergange bestimmten alten China.

Über der neuen Regierung schlugen die Wellen zusammen (Band II, Seite 388). Ein zuverlässiges Heer bestand nicht, nicht einmal die Kerntruppe eines solchen; die Finanzen befanden sich in Zerrüttung; die Gouverneure der achtzehn Provinzen zitterten zwar vor dem Hofe, regierten aber nach unten despotisch; die meisten von ihnen bereicherten sich und ließen Wehrmacht, Gerichtswesen und gemeinnützige Anstalten verfallen. Der Klügste unter ihnen war Quanschikai; aber gehaßt von dem Regenten, Prinzen Tschun, verlor er Ämter und Würden und wurde in seine Heimat verbannt, auch hier niemals des Lebens sicher. Unterdessen schwoll die revolutionäre Flut und unterwusch die Stützen des Thrones wie die Stellung der 1644 ins Reich gedruckenen Mandschu. Die Dynastie war nicht so angefeindet wie dieser aufgeblasene Adel, dem die chinesische Bildung ebenso fremd war wie die europäische, dessen an Geburt und Rang höchstehende Familien sich an dem Marke des Volkes vollzogen und es verpraßten. Die Luft ward dadurch erweitert, daß der Adel dem chinesischen Volke stammesfremd war. Vergebens versuchte die Regierung, den Sturm durch das abermalige Versprechen einer Verfassung zu beschwören. Indessen forderte die revolutionäre Partei, erfüllt von den aus Europa und Amerika eingeströmten Ideen, nichts weniger als Volkssouveränität und Parlamentsherrschaft; Aufklärung und Rechtsgleichheit sollten die Nation erneuern, womit sich viel Überspanntes und Verworrenes vermengte, wie es der Landesart entsprach. An der Spitze stand Sunyatsen, der an der amerikanischen Lehranstalt zu Kanton Medizin studiert und das Doktorat erworben hatte. Im Süden brach (September 1911) die Revolution aus, für die sich auch der Westen erklärte. In Peking zitterte der Hof und bat den verfolgten Quanschikai um Rettung aus der Not. Er ließ sich lange nicht erweichen,

dann nahm er die Stelle des Ministerpräsidenten und des Generalissimus an. Anfangs scheint es ihm mit der Erhaltung des Kaiserthrones Ernst gewesen sein; als er aber dessen Sache verloren sah, schlug er sich zur Revolution und nötigte im November 1912 die Dynastie zur Abdankung. Die Republik wurde ausgerufen und Yuanseikai zum Präsidenten gewählt. Es war eine erstaunliche Wandlung, so ganz den Vorstellungen von dem konservativen Charakter des chinesischen Volkes widersprechend. Allerdings äußerte sich dieser Wesenszug in der Behandlung des Kaiserhauses; keinem Mitgliede wurde Gewalt angetan, die Dynastie erhielt sogar einen Ruhegehalt, und dem Kaiser blieben bei den Sühnopfern gewisse Ehrenrechte. Der Mandschu-Adel dagegen erfuhr keine Schonung und verlor Ämter und Gehälter, in vielen Provinzstädten wurden seine Familien abgeschlachtet.

Den europäischen Mächten stieg mit der Revolution die Sorge auf, ob das 400 Millionen zählende chinesische Volk sich nicht erheben und im Bewußtsein seiner uralten Bildung gegen die Anmaßungen der fremden Nationen kehren werde. Das glückliche Beispiel des reformierten Japan reizte zur Nachahmung; die Welt erhielt aber ein anderes Antlitz, wenn China zu der seiner Volkszahl entsprechenden Macht emporwuchs. All dies lag im Jahre 1912 im Dunkeln. Rußland besonders, das mit Tausenden von Kilometern an China grenzte, machte sich darauf gefaßt, daß der erste Stoß sich gegen Sibirien richten werde. Wenn selbst das chinesische Volk sich für Freiheit reif zeigte, mußten die es bewegenden Ideen früher oder später auch nach Rußland überspringen. Wie, wenn Japan auf die Leitung der chinesischen Revolution Einfluß gewann, wie, wenn es die Völker der gelben Rasse um sich scharte und nach der Herrschaft über Ostasien griff? Diese Befürchtungen bewegten den Petersburger Hof tief und bestimmten ihn zur Annäherung an Großbritannien. Da außerdem im März 1912 auch der Balkanbund entstand und sich gegen die Türkei wandte, war es für Rußland aus einer Reihe von Gründen unendlich wichtig, sich mit England über die Gestaltung der Welt zu verständigen; in Ost- und Südastien waren dessen Hilfsquellen so gewaltig, daß neben ihnen die Deutschlands kaum ins

Gewicht fielen. Der zu Potsdam noch aufrechtgehaltene Flirt mit dem Berliner Hofe war zu Ende, und der Dreiverband — Rußland, Britannien und Frankreich — erwuchs zu seiner vollen Bedeutung für die Weltpolitik.

*

Erdrosselung Persiens

Während in bezug auf China nur Zukunftsorgen und Zukunftshoffnungen mitspielten, erforderte die persische Frage eine schleunige Antwort, die auch im Winter von 1911 auf 1912 gegeben wurde. Halbane erzählt uns, daß er sich in Berlin Mühe gab, herauszubringen, ob ein geheimes Abkommen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche bestünde. Das war nicht der Fall. Aber schon jener Augustvertrag von 1911 war ein Dorn im Fuße der englischen Regierung, der sie im Gehen nicht hinderte, aber doch belästigte. Grey war entschlossen, ihn herauszuziehen, und zwar um den Preis der Überantwortung Persiens an die russische Regierung.

Den Russen war es unendlich, daß die persischen Patrioten, die Partei des Fedaiß, alle Anstrengungen machten, um in ihrem Lande Ordnung herzustellen und dessen Selbständigkeit aufzurichten. Das Notwendigste war die Regelung der zerrütteten Finanzen, welche Aufgabe im Mai 1911 dem sachkundigen Amerikaner Morgan Shuster anvertraut wurde. Er ging rüstig an die Arbeit und traf eine Reihe geeigneter Maßregeln. Da trat die russische Regierung mit der Beschwerde dazwischen, Shuster hätte gewisse von ihr erworbene Rechte angetastet. Sie schob Truppen an die Grenze und schickte am 29. November 1911 ein Ultimatum ab, in welchem sie nicht nur Shusters Entlassung, sondern auch Ersatz für die Kosten ihres bewaffneten Aufgebotes verlangte. In tiefer Trauer, den Untergang der Freiheit vor Augen, beriet das persische Parlament über das Unsinnen. Es unterwarf sich nicht, sondern